

Fraktion der Alternative im Rat der Stadt Heinsberg

Der Vorsitzende

Rede zur Verabschiedung der Haushaltssatzung in der Sitzung des Stadtrates am 2. Februar 2022

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

es ist guter Brauch, dass die Fraktionen und die Ratsmitglieder der Verwaltung und dem Bürgermeister danken, wenn die Debatte über Haushaltssatzung und Haushalt im Rat der Stadt geführt wird.

So wollen wir von der AfD-Fraktion heute ebenfalls halten: Unser Dank gilt allen Beteiligten, die in welcher Funktion auch immer an der Vorbereitung dieser Haushaltsdebatte beteiligt waren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei einer so eindeutigen Mehrheit im Rat, bei der das Ob der Verabschiedung letztlich keine Frage mehr ist, kommt den Redebeiträgen der kleineren Fraktionen eher die Rolle zu, deutlich zu machen, was Ihnen im vorgelegten Haushalt fehlt, was sie vermissen oder wo sie Gefahren sehen.

Beachten Sie bitte: Gefahren - nicht durch den Haushalt, sondern für den Haushalt und die Bürger.

Nach der Abstimmung im Haushalts- und Finanzausschuss in der vergangenen Woche gehen wir als AfD für die Ratssitzung davon aus, dass hier auf der Zielgeraden der Befassung alle anderen Fraktionen der Satzung und somit dem Haushalt zustimmen werden.

Die AfD aber wird heute aber ihrer Oppositionsrolle gerecht werden wollen, die unsere Politik auch im Bund und im Land auszeichnet.

Ich weiß jetzt nicht, wie SPD, FDP, die beiden Fraktionen der Grünen und die Freien Wähler ihre von uns erwartete Zustimmung im Einzelnen begründen werden, aber

wir möchten mit dieser Rede aufzeigen, **warum wir hier, wie auch im Haupt- und Finanzausschuss diesem Haushalt beziehungsweise seiner Satzung nicht zustimmen werden.**

Dabei werde ich nicht auf die eine oder andere Sportplatz- und Spielplatzförderung oder auf Schulneubauten und -renovierungen eingehen. Ich bin sicher, dass die anderen Fraktionen dies auch ohne uns zu Gehör bringen.

Und auch die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

diese versagte Zustimmung zur Vorlage gilt dabei keineswegs der Arbeit der Verwaltung und der Arbeit des Bürgermeisters und seiner Beamten: Fachlich-sachlich und formal haben wir an der Erarbeitung der Vorlage nichts Gravierendes auszusetzen.

Der Haushalt ist nahezu ausgeglichen, er schreitet fort auf den Wegen, die auch in den vergangenen Jahren die zumeist parteiübergreifende Zustimmung des Rates gefunden haben.

Aber ist das alles in allem und vor allem politisch hinreichend?

Angesichts der Situation, in der sich seit einigen Jahren die Bürger und Einwohner Deutschlands und somit auch die Menschen in unserer Stadt Heinsberg befinden?

Hinsichtlich unserer Einschätzung der Situation verweise ich deshalb hier einleitend an den Merksatz des eher auf der linken Seite des politischen Spektrums anerkannten und geschätzten Philosophen Adorno, der da lautet: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen!“

In moderner Sprache könnte man sagen: Wenn die Rahmenbedingungen verschoben wurden, ist auch das bisher richtige Handeln oft nun als fragwürdig zu bewerten und das Weitermachen auf dem vordem eingeschlagenen Weg wird in Teilen fragwürdig.

Ich rufe hier in Erinnerung: Die Rahmenbedingungen unserer städtischen Politik werden in Berlin durch die Entscheidungen des Bundespolitik und in Düsseldorf durch Landesregierung und Landtag gesetzt.

Die wichtigsten, die sich auch auf unsere Kommune negativ auswirken, will ich kurz benennen:

Eine Finanzpolitik, die zu aktuell 5 Prozent Inflation geführt hat, was die Bürger stillschweigend Jahr für Jahr empfindlich um die Früchte ihres Fleißes und ihres Sparens und Vorsorgens bringen wird.

Eine Verkehrspolitik, die zu nahezu unbezahlbaren Preisen an der Tankstelle führt, was in einem ländlichen Kreis mit vielen Fernpendlern Alarm auslösen sollte.

Eine Energiepolitik, die sehenden Auges funktionierende Infrastruktur durch Braunkohle und Kraftwerkstrom zerschlägt, aber nichts Gleichwertiges an ihre Stelle setzt, Arbeitsplätze vernichtet und gefährdet und die jahrzehntelange verlässliche Versorgungssicherheit nicht mehr kennt.

Wussten Sie eigentlich, dass derzeit Notstromaggregate und die Materialien für deren Installation zu dieser Jahreswende wochenlange Lieferfristen haben?

Und das bedeutet im Klartext: Eigenheimbesitzer, die noch finanzielle Reserven haben, sehen sich gezwungen, mit eigener Möglichkeit zur Stromversorgung vorzusorgen und fürchten einen sogenannten Blackout als Folge einer deutschen Politik, die schon länger nicht mehr rational begründet werden kann.

Aber sich moralisch überlegen dünkt.

Dies Urteil der Bürger ist ein Fingerzeig und macht erkennbar: Das Vertrauen vieler Menschen auch in unserer Stadt in rationales und vorsorgendes Handeln der Politik schwindet und sich im Zeitraffer in Luft auflöst.

Artikel 28 unseres Grundgesetzes, der die sogenannte Daseinsvorsorge der Politik und den Politikern zum Auftrag gibt: Mehr und mehr missachtet und nur noch eine Luftnummer.

Und Ursache dieser Entwicklung des Misstrauens der Bürger ist zweifellos:

Auch Kreis und Stadt Heinsberg laufen politisch z.B. den Modethemen der Klimarettung und der zu fördernden Radfahrkultur hinterher, die dem Bürger wenig oder kaum Vorteile für sein Alltagsleben bringen, ihm aber als Steuerzahler ständig mehr abverlangen – sagen wir es ruhig brutal: Ihn ausquetschen.

Und wäre das noch nicht Horrorergebnis genug, leistet sich unser Land eine Coronapolitik, im Gleichschritt mit Österreich, die die Menschen ohne Sinn und Verstand schikaniert, zum Teil widersprüchlich und widersinnig agiert, und dazu führt, dass nicht nur im fernen Amerika die Medien daran erinnern, dass mit solchem übergriffigen Staatshandeln auch in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhundert die Demokratie geschleift wurde.

Und wer exekutiert das Alles hier in Deutschland?

- In Berlin derzeit SPD, Grüne und FDP,
- in NRW die CDU und die FDP und
- in Bayern die CSU im Gleichschritt mit den Freien Wählern.

Es tröstet und nicht, dass wir als AfD als einzige später sagen können: Wir haben uns immer konsequent diesem Unfug verweigert, wir sind die einzige Partei gewesen, die bei all diesen Fehlentscheidungen nicht aktiv beteiligt war, sondern nachweislich auf der Seite des einfachen Mannes und der einfachen Frau stand – und dagegen gestimmt hat.

In Kanada sehen wir im Moment, dass die gegen die Interessen und Erwartungen der Bürger gerichtete Politik letztlich an einen Punkt angelangt, wo sich der Bürger verweigert und wo er zur Rebellion Zuflucht sucht.

Möge und das hier in Heinsberg und in NRW und auch in Deutschland und Europa erspart bleiben.

Noch ein Gedanke zum Schluss: Ronald Reagan, der 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, hatte in seinem Wahlkampf die damalige Diskussion allbeherrschende Frage gestellt, die da lautete: Geht es Euch unter Präsident Carter eigentlich besser als zuvor?

Die ehrliche Antwort lautete damals „Nein“ - und lautet auch nach kopfloser Flüchtlingspolitik, abstruser Energiepolitik und mehr Steuern für das Klima auch bei uns heute: „Nein!“.

Das Leben ist seit 2015 auch für Heinsberg nicht besser geworden. Da trösten auch nicht solider Haushalt der Stadt und vorzügliche Arbeit der Verwaltung.

Es ist nämlich die Achillesferse der derzeit obwaltenden programmatischen Gutmenschenpolitik:

Zumeist geht es den Bürgern nach ihrer Umsetzung keineswegs besser. Und so wird es auch bei der heutigen Politik der in Stadt und Land regierenden Parteien rund um die Fixsterne Klima, Corona und Gender der Fall sein.

Mit der Energiewende zum Preis einer Kugel Eis im Monat wurde es schließlich letztlich auch nichts.

Es bleibt politisch spannend: Der 15. Mai als Wahltag wird einen ersten Fingerzeig geben zum Grad der Unzufriedenheit der Wahlbürger.

Traurig, aber wahr: Uns hier in Heinsberg wird es erst besser gehen, wenn die Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene wieder stimmen werden.

Solange diese nicht gerade gerückt sind, ist auch unsere Stadt und ihre Politiker nahezu gezwungen, das wenig Sinnvolle oder auch erkennbar Unsinnige umzusetzen.

Verehrte Ratsmitglieder, verehrter Herr Bürgermeister,

unsere Partei ist als Neugründung deshalb entstanden, weil die Bürger ihrem Verdruss an der Politik in Bund und Land Gehör verschaffen wollten.

Hier steht auch die Fraktion der AfD in der Stadt Heinsberg in der Pflicht, den Finger in die Wunde verfehlter politischer Ansätze zu legen.

Und deshalb lehnen wir den Haushalt 2022 und die Haushaltssatzung konsequent ab.

Und bitten darum, diese Ablehnung nicht als Urteil über die Leistungen des Bürgermeisters und der von ihm geführten Verwaltung zu sehen.

Unsere Ablehnung gilt einzig und allein den obwaltenden Rahmenbedingungen, denen auch unsere Stadt seitens der „großen Politik“ unterworfen ist.

Damit wir diese ungunstigen Zwänge überwinden können, dafür sollten wir in den vor uns liegenden Jahren alle gemeinsam und auf allen politischen Ebenen arbeiten.

(Dank)